



ORDNUNGSRUF VON FRIEDRICH (CSU) WEGEN BERÜCHTIGTEM JOSCHKA-ZITAT

Bystron enttarnt grünen Mullah-Heuchel und wird gemäßregelt

Von JOHANNES DANIELS | Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, ist einer der eloquentesten Redner im Bundestag. Der Münchner Politologe und Unternehmer steht für analytische Vernunft, Freiheitsliebe und stets klare Worte. Selbstredend, dass der 47-Jährige mit diesen Eigenschaften im derzeitigen Bundestag und bei den maroden System-Medien nicht nur gute Freunde hat.

Bei seiner Rede zum Antrag von Linken und Grünen zum Nutzungsverbot der für den NATO-Partner USA logistisch wertvollen Basis Ramstein hatte Bystron am Donnerstag die „Grünen“ scharf angegriffen, den ehemaligen linksradikalen Außenminister und Polizistenschläger Joschka Fischer zitiert und insbesondere: Den Bundestag aufgefordert, das vom schiitischen Mullah-Regime kasteite iranische Volk stärker zu unterstützen ([hier](#) die komplette Rede im Video).

Wir erinnern uns: Nicht wenige deutsche Politiker unterstützen

immer noch das iranische Terror-Regime gegen die eigene Bevölkerung und gegen vormals unabhängige und relativ friedliche Staaten wie den Libanon, Jemen oder Syrien oder vor allem gegen Israel. Der am 3. Januar von den USA gerichtete zweitmächtigste Potentat des Iran, Qasem Soleimani, war für den Tod von zehntausenden Menschen im Mittleren Osten verantwortlich und forderte stets die „Auslöschung Israels“.

Linksgrüne Mullah-Unterstützer

[Ex-Kommunist](#) und „Bundespräsident“ Frank-Walter Steinmeier gratulierte dessen Dienstherrn daher zum 40-jährigen Jahrestag der „Islamischen Revolution“ – unverschämterweise sogar „im Namen meiner Landsleute“. SPD-Außenmini Heiko Maas versucht derzeit alles [in seiner beschränkten Macht](#) stehende, um den betrügerischen Atomdeal mit Uran-Iran aufrecht zu erhalten. Und die grünradikale „Bundestagsvizepräsidentin“ Claudia Roth ist berüchtigt für ihre bekopftuchten Wallfahrten ins schiitische [Shithole-Mekka der Frauen-Unterdrücker](#).

Petr Bystron zitierte in seiner Rede den ihm zugesandten Tweet eines in Deutschland lebenden Exil-Iraners: „Wer mit dem iranischen Regime verhandelt, hat Blut an den Händen!“. Dies löste bereits erste Unruhe und Erregung bei den mullah-philien Verbots-Moralisten in den linksgrünen Reihen aus. Als Bystron den [notorischen Polizistentreter, „RAF-Mitkämpfer“ und ideologischen Urvater](#) der Grünen, Joseph Martin Fischer (Kampfname Joschka), zitierte, rastete das linksgrüne Spektrum im Bundestag komplett aus – und mit ihm viele Mainstream-Medien, wie beispielsweise die mittlerweile [linkspopulistische Postille „Focus“](#).

„Anal“phabet und RAF-Freund Joschka

Selbstverständlich ist auch der in palästinensischen Trainingslagern bestens zum Straßenkampf ausgebildete Joschka Fischer auch heute noch [ein Verfechter der antisemitischen Iran-Politik](#) zur zunehmenden Bedrohung Israels. Der spätere

Grünen-Bundesaußenminister war früher Mitglied der [linksradikalen RAF-nahen Terrorgruppe](#) „Revolutionärer Kampf“ und beteiligte sich mit der sogenannten „Putzgruppe“ an Straßenschlachten mit [der Polizei](#). Nach [einer Demo](#) im Mai 1976 aus Anlass des Todes von RAF-Terroristin Ulrike Meinhoff wurde Fischer festgenommen. Bei den Protesten flogen Molotowcocktails, Polizeiobermeister Jürgen Weber wurde lebensgefährlich verletzt und von Fischers Freunden – [oder womöglich Fischer selbst](#) – halbtot geschlagen. Fischers Fingerabdrücke wurden dabei festgestellt. Gegen Joschka Fischer wurde wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration, Landfriedensbruch, Bildung einer kriminellen Vereinigung und versuchten Mordes (!) ermittelt. Danach verschwanden die Akten für [30 Jahre](#).



Straßenkämpfer Joschka Fischer 1973 in Frankfurt gemeinsam mit seinem Terroristen-Freund Hans-Joachim Klein, einem Mitglied der [Revolutionären Zellen](#) (RZ).

Bystron prangerte in seiner Bundestagsrede insbesondere die heuchlerische Doppelmoral (sofern man hier überhaupt von Moral

sprechen kann) der heutigen „Friedens-GRÜN*INNEN“ an:

„Liebe Grüne, seien Sie mir nicht böse, aber es ist pure Heuchelei, dass gerade Sie einen solchen Antrag vorlegen. Sie haben etwas gegen völkerrechtswidrige Tötungen? Wer war denn der Außenminister, der Deutschland in den ersten Kriegseinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg getrieben hat? Das war Ihr Kumpel Joschka – mit Verlaub, Herr Präsident –, „Arschloch“ Fischer, der war das.“

Bystron zitiert Fischer – und wird gerügt

Und spielte dabei elegant auf das [historisch-einmalige Zitat Fischers](#) im Orwell-Jahr 1984 (!!) an, als der GrüFaz den CSU-Bundestagsvorsitzenden Richard Stücklen, CSU, titulierte: [„Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch, mit Verlaub!“](#). Fischer wurde damals von der Sitzung ausgeschlossen.

Bystron stellte klar: „Das war ein Zitat von Joschka Fischer. Das wissen Sie ja selbst“.

Das Bundestagsprotokoll bemerkt dazu:

„Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist es nicht!“

Bystron erläuterte weiter zum Thema „Iran und Linksgrüner Pazifismus“:

„Damals wurde nicht ein islamistischer Terrorist umgebracht; das war keine gezielte Tötung. Damals wurden flächendeckend serbische Städte bombardiert. Es wurden über 3.500 Menschen umgebracht, die meisten davon Zivilisten. Das war ein völkerrechtswidriger Krieg, und für den waren Sie mitverantwortlich.“

Heute legen Sie Anträge vor, nachdem die Amerikaner einen Terroristen gezielt getötet haben, der Unterstützer der Hisbollah im Libanon, der Hamas im Gazastreifen, der Taliban in Afghanistan war und der Zigtausende Menschen in Syrien auf

dem Gewissen hat. Die EU führte ihn als Terroristen. In Israel wurde er der gefährlichste Feind Israels genannt. Und seine Milizen sind nicht nur die Exporteure des Terrors im nahen Ausland, sie sind die wichtigste Stütze des Mullah-Regimes im Iran.

Ja, mit dem Sie und Ihre Kollegin Claudia Roth sich so gerne treffen und fotografieren lassen. Das ist das Regime, dem die Kollegen von der SPD zu 40 Jahren Revolution und Terror gratulieren.

Liebe Freunde, diese Milizen haben gerade letzten Herbst 1.500 Menschen im Iran erschossen, nur weil die Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen das Regime zu demonstrieren.

Ich sage Ihnen eines: Anstatt diese Tyrannen zu hofieren – gerade Sie, lieber Kollege Nouripour –, sollten Sie schauen, dass Sie den Menschen im Iran helfen. Diese Menschen haben in uns alle, auch in Sie, große Hoffnungen gesetzt. Ich habe sie [auf Twitter gefragt](#), was sie Ihnen ausrichten möchten.“

Hilferufe von Exil-Iranern

Im Anschluss zitierte der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss einige Tweets (von Tausenden), die in den letzten Wochen von Exil-Iranern oder Mullah-Regime-Gegnern zugegangen sind:

„Ich bin Bergarbeiter im Iran. Wir Iraner alleine können das Regime nicht stürzen. Bitte helfen Sie uns!“ – „Stoppen Sie die Unterstützung des Mullah-Regimes! Helfen Sie den Menschen bei den Protesten und bei den landesweiten Demonstrationen! „„Wir wollen freie Meinungsäußerung, wir wollen Religionsfreiheit, wir wollen keine Pressezensur. Lassen Sie das Volk das Regime stürzen! Hört auf, die Diktatoren zu unterstützen!“

Und der wichtigste Tweet hinsichtlich des täglichen deutschen

Heuchel-GroKo-Antisemitismus:

„Wer mit dem iranischen Regime verhandelt, hat Blut an den Händen!“

CSU-Friedrich verteidigt Fischer – nicht seinen Ex-Parteikollegen Stücklen

Ausgerechnet CSU-Bundestagsvizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich rügte im Anschluss nach lautem Krakeelen von links das Fischer-Zitat Bystrons an seinem ehemaligen fränkischen Parteikollegen Richard Stücklen:

„Herr Kollege Bystron, wenn Sie hier schon das Wort „Arschloch“ verwenden, können Sie bitte noch mal klarstellen, dass Sie damit nicht den früheren Außenminister bezeichnet haben?“

Petr Bystron schlagfertig:

„Das kann ich nicht klarstellen. Das, was ich gesagt habe, WAR EIN ZITAT von Joschka Fischer!“

und bedankte sich geziemend für den „Ordnungsruf“, während Millionen von steuer- und GEZ-pflichtiger Deutscher wohl ungestraft als „Nazisäue“ und „Umweltsäue“ von den „Öffentlich-WDRrechtlichen“ wdr-wertig gedemütigt werden.

Der prospektive Polizisten-Mörder Joschka Fischer ist heute übrigens immer noch auf freiem Fuß, inzwischen „[Princeton-Professor](#)“ und „strategischer Lobby-Berater ohne Aufgabenbereich“ [für BMW und natürlich: Siemens](#). Joseph Fischer & Josef Käser. Das passt!



Wasserkraft für Schleswig-Holstein?

Am Donnerstag ist in Kiel das neue „Küstenkraftwerk“ offiziell in Betrieb genommen worden und das hat es in sich. Unter den Bedingungen einer flatterhaften Energieversorgung, zum Beispiel durch Solarkraft, ist es in der Lage binnen fünf Minuten ganz flexibel bis auf 200 Megawatt hochgefahren zu werden. Gleichzeitige Wärmenutzung wie auch Speicherkapazitäten für Warmwasser ergeben einen traumhaften Nutzungsgrad von 90 Prozent.

Einem Häuflein grüner Spinner und Idioten war auch das nicht genehm. Die Clowns protestierten am Donnerstag gegen das Kraftwerk, weil sie gehört hatten, dass fossile Energie verbrannt würde, nämlich Gas. Dass es zwischen Öl, Kohle und Gas durchaus sehr große Unterschiede in Nutzung und Schadstoffemissionen gibt, ließen sie nicht gelten. „Neva“, eine „Kraftwerksgegnerin“, brachte die Kritik der Schlaumeier auf den Punkt, [im Video ab 1,44](#):

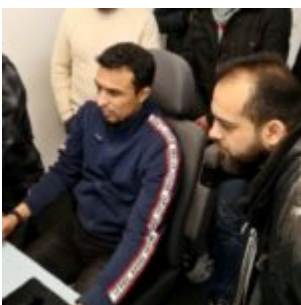
Dieses Geld könnte man eben viel sinnvoller in erneuerbare Energien investieren. Gerade hier in Schleswig-Holstein haben wir die Möglichkeit zu Wind- und auch zu Wasserkraft. Und ... genau ... dass man eben da investiert und auch wirklich das Problem, was wir haben, einfach die Klimakrise versucht zu lösen mit ... ja ... nachhaltigen Mitteln.

Moment mal, Neva, Wasserkraft? Wie meinst du das? Sollen das Flüsse sein, die die liefern? Welche Flüsse sollen denn in Schleswig-Holstein Energie aus Wasserkraft erzeugen, die Eider oder die Alster? Oder darf es gleich die Elbe sein, die man dann vor der Nordsee staut? Du weißt, dass nicht nur die Menge, sondern auch die Fallhöhe des Wassers wichtig für eine [hohe Energieeffizienz](#) sind? Bei den kleineren Flüssen sieht das wohl mau aus.

Oder waren Flüsse gar nicht gemeint? Meinst du Nordsee und Ostsee, „Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren?“ Schwebt dir vielleicht, liebe Neva, ein Gezeitenkraftwerk vor, bei so viel Meer? Hier haben wir dasselbe Problem mit der Fallhöhe, je höher, desto effektiver:

Der [Tidenhub](#) an der Ostsee beträgt etwa 30 cm, an der Nordsee sind es zwischen zwei und drei Meter. Das französische Gezeitenkraftwerk Usine marémotrice de la Rance in Frankreich nutzt einen Tidenhub von über acht Metern.

Also Neva, welches Wässerchen aus Schleswig-Holstein soll jetzt unsere Erde und unser Klima retten? Weißt du nicht? Versuch es besser nicht wieder, setz dir eine Clowns-nase auf die Nase wie deine Spielgefährtsinnen, tröte ganz laut, hüpf ein bisschen und schwänze die Schule. Aber bevor du dich über geographische oder physikalische Probleme im Fernsehen auslässt, besuch dann doch besser jeden Freitag jetzt wieder den Unterricht statt der Demos. Gut?



Deutsche Bahn: „Flüchtlinge“ werden Lokführer

Angeblich ist ein Grund für viele Zugausfälle der Deutschen Bahn, dass es in Deutschland zu wenig ausgebildete Lokführer gebe. Anstatt deutsche Jugendliche an diesen Beruf heranzuführen und auszubilden oder Arbeitslose dahingehend umzuschulen, werden lieber in einem [eine Million Euro teuren Projekt](#) sogenannte Flüchtlinge dafür herangezogen. Der akute Personalmangel betreffe in der Region Stuttgart die Bahntöchter [DB Regio und S-Bahn Stuttgart](#), sowie die Abellio und Go Ahead, die künftig einige Strecken der DB Regio übernehmen sollen.

Bereits im November wurden 15 Personen im Alter von 22 bis 36 Jahren zum Triebwagenführer in Mannheim in Ausbildung genommen. Dabei soll es sich u.a. um „Geflüchtete“ aus Syrien, Sri Lanka, Marokko und Tunesien handeln. In diesem Zusammenhang stellt sich einmal mehr die Frage, wieso gibt es „Flüchtlinge“ aus den vielbereisten Urlaubsländern Marokko und Tunesien.

Bei den 15 soll es aber natürlich nicht bleiben und so gibt es aktuell einen sogenannten „Bewerber-Check-up“, wo die angehenden Lokführer erst einmal Deutsch lernen sollen, um dem Ausbildungsprogramm überhaupt wenigstens sprachlich folgen zu können.

Wie es um die sonstige Bildung steht lässt sich leicht ableiten, denn während des Einstiegsprogramms sollen den Fachkraft-Azubis außerdem die wichtigsten Grundkenntnisse in Mathematik, Naturwissenschaften und für den Beruf erforderliches Grundwissen in Technik vermittelt werden. Und natürlich gibt es oben drauf etwas, das ein deutscher Azubi in der Regel nicht als Teil dieser Berufsausbildung braucht. Die künftigen Triebwagenführer werden von Sozialpädagogen und

„Trainern“ (?) begleitet. Trotz der offenkundigen Bildungsferne dauert diese Ausbildung nur 15 Monate. In der Regel ist die Ausbildungszeit der DB zum Lokführer mit [drei Jahren angesetzt](#).

Treibende Kräfte hinter diesem Millionenprojekt sind die Bundesagentur für Arbeit und das Land Stuttgart. Ziel sei es u.a. „Menschen mit Fluchterfahrung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren“, heißt es.

In Zeiten der Bahnsteigschubser ist das ein echt grandioses Projekt. Da kann es dann künftig wohl schon mal vorkommen, dass einer der „Geflüchteten“ schubst und ein anderer drüber fährt. (lsg)



Langstreckenluisa und das Aktiengesetz

Von WOLFGANG PRABEL | Angeblich hatte der Kaeserich von Siemens der Steinzeitkommunistin Langstreckenluisa ein Aufsichtsratsmandat angeboten. Schade, dass kein Journalist sowas elementar hinterfragt.

Siemens ist eine Aktiengesellschaft mit derzeit 98 Milliarden Euro Marktkapitalisierung. WKN: 723610 / ISIN: DE0007236101. Da gilt das Aktiengesetz. § 101 regelt die Wahl in den Aufsichtsrat:

Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder

(1) Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Hauptversammlung gewählt, soweit sie nicht in den Aufsichtsrat zu entsenden oder als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Drittelbeteiligungsgesetz oder dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung zu wählen sind. An Wahlvorschläge ist die Hauptversammlung nur gemäß §§ 6 und 8 des Montan-Mitbestimmungsgesetzes gebunden.

Wollte der Vorstands-Joe die Hauptversammlung umgehen und Langstreckenluisa rechtswidrig ernennen? Oder hat er noch ein Nebenaufsichtsgremium für Spezialunterbringung von Querulanten? Die MSM haben den Gag wie üblich fraglos geschluckt.

Ich hab noch ein paar Vorschläge für den Siemens-Aufsichtsrat: den Bum-Bum Boris, HC Strache, Loddar Matthäus und wegen der Ausgewogenheit noch Naddel, Claudia Roth und Brigitte Nielsen. Dolly Buster und Micaela Schäfer vom Dschungelcamp sowie Zlatko Trpkovski von Big Brother kommen leider nicht in Frage, die sind geschäftlich zu erfahren, ja geradezu ausgebufft.

(Im Original erschienen bei [Prabels Blog](#))



Bestsellerautor Stefan Schubert rechnet mit Merkel-Regierung ab

In einem vor dem Reichstag in Berlin aufgenommenen Gespräch mit *eingesCHENKt.tv* hat Stefan Schubert, Autor des aktuellen Buchs [„Sicherheitsrisiko Islam – Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht“](#), ein Resümee zur Flüchtlingskrise gezogen. Mit Beispielen aus der Praxis unterlegt und durch Insiderwissen aus den Sicherheitsbehörden unterfüttert, widerlegt Schubert argumentativ die Lügen von Politik und Medien. So darf die Mutter aller Lügen der Flüchtlingskrise auch zukünftig nicht unwidersprochen bleiben: Bei mehr als 95 Prozent aller Zuwanderer der vergangenen Jahre, die sich mehrheitlich aus muslimischen Männern zusammensetzt, handelt es sich nicht um berechtigte Asylbewerber, um Flüchtlinge im Sinne des Grundgesetzes, sondern um illegale Einwanderer. Schuberts Erläuterungen dazu entlarven die vorsätzliche Politik der Herrschenden gegen die eigene Bevölkerung.



CDU-Mann lehnt Hilse „aus Prinzip“ als Bundestagsvizepräsident ab

Die Altparteien haben am Donnerstag im Bundestag auch den fünften Kandidaten der AfD für das Amt eines Vizepräsidenten abgelehnt. Der aus dem sächsischen Bautzen kommende Abgeordnete Karsten Hilse erhielt am Donnerstag nicht die erforderlichen 355 Stimmen.

Für den 55 Jahre alten gelernten Elektromonteur und späteren Polizeibeamten stimmten 154 Abgeordnete. Es gab 473 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen.

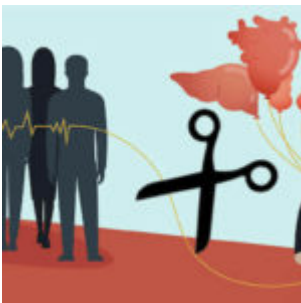
Zuvor wurden bereits vier andere AfD-Abgeordnete in drei Wahlgängen nicht von den Altparteien gewählt: Zuletzt traf es im Dezember Paul Viktor Podolay, davor schon Albrecht Glaser, Mariana Harder-Kühnel und Gerold Otten. Eigentlich steht jeder Fraktion ein Vizepräsidentenposten zu, sie muss für ihren Kandidaten aber eine Mehrheit bekommen.

Der umweltpolitische Sprecher der AfD, Karsten Hilse, erklärte dazu: „Die Abgeordneten des Bundestags hatten die Chance heute einen Bundestagsvize zu wählen, der die Geschäftsordnung im Plenum buchstabengetreu umsetzt. Sie haben diese Chance nicht genutzt. Das ist auch nicht verwunderlich, da es sich die meisten Abgeordneten der Altparteien in einer Art Gemütlichkeitsblase bequem gemacht haben. Wo kämen wir hin, wenn Gesetze nur noch mit mindestens der Hälfte der Abgeordneten beschlossen werden könnten. Schon die Ankündigung, ‚die Geschäftsordnung knallhart durchsetzen zu wollen‘ hat mich für die meisten Abgeordneten der Altparteien unwählbar gemacht.“

Bei der Abstimmung zum Wahlgang hatte ein CDU-Abgeordneter gegenüber einem seiner Fraktionskollegen verlauten lassen,

dass er „aus Prinzip“ keinen AfD-Kandidaten wählen würde. Damit konfrontiert sagte Karsten Hilse gegenüber PI-NEWS: „Diese Äußerung ist bezeichnend. Oft wird ja von den Vertretern der Altparteien als Grund angeführt, dass ‚frühere Äußerungen der Kandidaten‘ es ihnen nicht ermöglichen, den AfD-Vertreter zu wählen. Das ist schlicht und einfach gelogen. Die Bemerkung, dass man uns ‚aus Prinzip‘ nicht wählt, lässt tief blicken und ist ein demokratiepolitisches Armutszeugnis.“

Vielleicht wurde Karsten Hilse auch deshalb von den Altparteien-Vertretern abgelehnt, weil er sich wie kein anderer aus der AfD so vehement gegen die derzeit grassierende Klimahysterie stellt, wie er auch am Freitag wieder in seiner Rede im Bundestag deutlich machte:



Ein Schlag in die Magengrube Todkranker

Von EUGEN PRINZ | Am Anfang dieses Artikels ist der Hinweis notwendig, dass im folgenden die persönliche Meinung des Autors zum Thema „Organspende“ zum Ausdruck gebracht wird und nicht der [Redaktionsmeinung](#) entspricht.

In Deutschland stehen über [9.000 schwer kranke Menschen](#) auf der Warteliste für eine Organspende. Bei mehr als 1.000 Patienten pro Jahr verschlechtert sich der Gesundheitszustand

so sehr, dass eine Transplantation nicht mehr möglich ist oder dass sie auf der Warteliste versterben. Der Grund: Es gibt bei weitem nicht genug Organspender. Den 9000 Todkranken stehen nur etwas über 900 Spender jährlich gegenüber.

Dieses Elend vollzieht sich abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit, es sei denn, man selbst oder jemand aus dem Familien- oder Bekanntenkreis ist betroffen.

Ein guter Freund des Autors musste elf Jahre auf eine Spenderniere warten. Jetzt braucht er erneut eine. Wissen Sie, liebe Leser, was Dialyse bedeutet? Wie das Leben eines solchen Patienten aussieht? Wie dick die Nadel ist, die zur Blutwäsche benötigt wird und was sie mit der Armvene im Laufe der Jahre macht?

Gestern hat der Bundestag mit der Ablehnung der von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn favorisierten [Widerspruchslösung](#) die aufkeimende Hoffnung dieser Menschen auf ein besseres Leben, bei manchen die Hoffnung auf ein Überleben, zerstört.

„Erweiterte Entscheidungslösung“ ändert nichts an der menschlichen Trägheit

Für den Autor ist die Entscheidung gegen die Widerspruchslösung nur aus ideologischen, jedoch nicht aus logischen Gründen nachvollziehbar. Die Widerspruchslösung besagt im Grunde, dass jeder ein Organspender ist, der dem nicht ausdrücklich widerspricht. Dieser Vorschlag Spahns ist aus der Lebenswirklichkeit geboren. Viele, die eigentlich zur Organspende bereit wären, sind einfach nur zu träge, zu unwissend oder fühlen sich zu beschäftigt, um sich einen Organspendeausweis zu besorgen. Gegen diese den Menschen innewohnende Trägheit wird auch die neue so genannte „Erweiterte Entscheidungslösung“ nichts ausrichten können. Der Autor wagt die Prognose, dass sich mit dieser Regelung die Zahl der Organspender nicht wesentlich erhöhen wird.

Dabei gibt es eigentlich kein vernünftiges Argument gegen die Widerspruchslösung. Jeder, der etwas dagegen hat, dass nach seinem Tod ein Organ entnommen wird, hätte lediglich ein einziges Mal in seinem Leben – also nicht jedes Jahr – seinen Hintern hochbekommen und die Widerspruchserklärung ausfüllen müssen. Und wenn er dazu zu faul und zu träge ist, dann ist es ihm nicht ernst genug, mit der Ablehnung.

Schindluder wird immer getrieben

Die Argumentation, dass mit der Organspende im Falle der Widerspruchslösung womöglich Schindluder getrieben wird, sticht auch nicht. Schindluder wird immer getrieben, das liegt in der Natur des Menschen. Und wer glaubt, dass er in einem System, das eine illegale Entnahme ermöglichen würde, vor dieser geschützt ist, nur weil er seine Zustimmung zur Organspende nicht erteilt hat, den kann man nur als hoffnungslos naiv bezeichnen.

Nochmal: Was spricht denn dagegen, dass derjenige, der nach seinem Ableben seine Organe nicht spenden möchte, ein einziges Mal in seinem Leben ein Formblatt ausfüllt, wenn dadurch jedes Jahr abertausende von Leben gerettet werden können?

Aus der Perspektive der gesunden Menschenverstandes ist einzig die Widerspruchslösung logisch und human. Unser Nachbarland Österreich fährt auch gut damit, oder werden dort etwa die Halbtoten reihenweise illegal ausgeweidet?

Aber was nützt das Lamentieren: Die Ideologie hat über Logik gesiegt. Mit voller Hose ist gut stinken. Bei bester Gesundheit lassen sich leicht solche Entscheidungen treffen und die Grundrechte bemühen. Die Verlierer sind die Menschen auf der Warteliste.

Aber wer weiß, ob nicht der eine oder andere der 379 Abgeordneten, die gegen die Widerspruchslösung gestimmt haben, irgendwann einmal selbst auf dieser Liste steht und sich wünscht, damals anders votiert zu haben. Und wer weiß, ob der

eine oder andere von ihnen nicht aus diesem Grund einmal seinen Ehepartner oder sein Kind viel zu früh begraben muss.

Auch jene, unter den Lesern und den Autorenkollegen, die so vehement gegen die Widerspruchslösung argumentierten, ist sehnlichst zu wünschen, dass sie oder ihre Angehörigen nicht eines Tages in die Lage kommen, das Abstimmungsergebnis im Deutschen Bundestag am 16. Januar 2020 aus tiefstem Herzen zu bedauern.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen.

» [Twitter Account des Autors.](#)



Laut Gedacht #156: Fridays for Future gegen Siemens

Fridays for Futures neuester Feind ist der traditionsreiche Technologiekonzern Siemens. Es geht um den Bau eines neue Kohlebergwerks im Westen von Australien. Eines der größten der

Welt. Siemens soll an diesem Bau mitwirken. Mehr dazu in Folge 156 von „Laut Gedacht“.



Clancheff Miri und das Ende der Geduld

Von MANFRED ROUHS | Das Gesicht von Ahmad „Patron Miri“ A. ist eines der bekanntesten Verbrechergesichter in Deutschland. Denn der Kopf eines der größten Araberclans Europas ist telegen und eloquent und durchaus „Dschungelcamp“-tauglich.

Einmal saß er am Steuer seines 100.000 Euro-Sportwagens und erläuterte dem Fernsehreporter, der ihn interviewte, dass er von Hartz IV lebt. Kleinvieh macht halt auch Mist, und warum auf Geld verzichten, das ihm die dummen deutschen Kartoffeln hinterherwerfen? Wenn Ahmad das erklärt, wirkt es irgendwie nachvollziehbar.

Ahmad kam als Asylbewerber aus Syrien nach Deutschland. Sein Asylantrag ist mittlerweile rechtskräftig abgelehnt und seine Duldung läuft im März 2020 aus. Die Verfügung seiner Abschiebung ist „unaufschiebbar rechtsgültig“. Trotzdem bleibt Ahmad hier – auf unbestimmte Zeit.

Denn Deutschland schiebt niemanden nach Syrien ab. Egal, wie kriminell er auch ist. Lieber investiert der deutsche Staat Geld in die Strafverfolgung und die Inhaftierung von Syrern

wie Ahmad, als dass er den 38-Jährigen oder einen seiner Landsleute dem Risiko aussetzt, womöglich in Assads Armee als Soldat eingezogen zu werden, durch den Sand robben und ein Leben wie die sprichwörtliche „Made im Speck“ aufgeben zu müssen.

Derzeit steht Ahmads Sportflitzer in der Garage und der Straßenheld des Berliner Weddings sitzt im Knast. Die Staatsanwaltschaft und die [„Bild“-Zeitung](#) werfen ihm schlimme Dinge vor:

„Am 6. November 2017 soll er kurz vor Mitternacht mit zwei Männern bei der Ex-Freundin eines Rappers in der Barfussstraße (Wedding) die Wohnungstür eingetreten und die Frau mit einem Holzknüppel verletzt haben. Am 24. Februar 2019 soll der Clan-Chef laut Anklage in den frühen Morgenstunden vor einer Nachbarin in der Rosmarinstraße (Mitte) einem Tanzlehrer ins Gesicht geschlagen haben. Dieser zog sich dabei eine stark blutende Kopfwunde zu und kam mit Schädelhirntrauma ins Krankenhaus.“

Früher oder später kommt Ahmad wieder raus aus dem Knast, und soweit er es dann zu organisieren vermag, solchen „Kleinkram“ sachgerecht an sein Bodenpersonal zu delegieren, werden wir uns auch noch 2030 und 2040 dschungelkampartig das Maul über ihn und seine Konsorten zerreißen, weil wir – geben wir es doch zu! – auf so coole Typen wie ihn einfach neidisch sind: Wild, durchsetzungsfähig, wirtschaftlich erfolgreich – ein „Großstadtaffe“ wie er besungen wird und im Buche steht.

Was soll der in Syrien? Da ist derzeit einfach zu wenig Party

...